

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktionskassa: Rieser, Postfach Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1830, Postfach Nr. 22.

Nr. 257.

Mittwoch, 4. November 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 32 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerkung: Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser, Geschäftshaus: Marktstraße 39. Verantwortlich für Redaktionen: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Rieser.

Krisis.

Die Vertreter der an der gegenwärtigen Kämpfungsregiment beteiligten Parteien haben sich am Dienstag vormittag beim Reichskanzler zu einer Besprechung über die Lage zusammengesetzt. Es handelt sich um die Frage der Umgestaltung des gegenwärtigen Kabinetts, um die Klärung der Krisis, die durch das Ausschließen der deutschnationalen Minister entstanden ist. Als eine bedauerliche Folge der Regierungskrisis hat es sich ergeben, daß die allgemeine Aufmerksamkeit in wachsendem Maße auf innerpolitische Auseinandersetzungen hinlenkt worden ist, während gerade jetzt, in den uns noch verbleibenden Wochen die gesammelte Kraft der Regierung und der Parteien dahin gerichtet hätte sein müssen, die außenpolitischen Unklarheiten zu beseitigen, die sich aus den Abmachungen von Locarno und ihren Auslegungen ergeben haben. Ferner bedürfte es gerade jetzt der diplomatischen Kräftigung einer in sich gefestigten Regierung, um die Erfüllung der unter der Bezeichnung Rückwirkungen gemachten Versprechungen durchzuführen. Gerade jetzt wieder unterstreicht es der regierungsoffizielle Tonus erneut, daß die Ministerien keinerlei feste Verpflichtungen hinsichtlich der Rückwirkungen übernommen haben. Da auch in Locarno in Bezug auf die Maßnahmen zur Verringerung der Belastungsbestimmungen weder schriftliche Verpflichtungen noch mündliche Versprechungen gegeben sind, sondern lediglich die formale Zusicherung, daß mit Rücksicht auf die völlig neue Lage, die durch die Verträge geschaffen wird, die Ministerien in weitherziger Weise die Maßnahmen prüfen werden, die durchzuführen werden können.

Man sieht also, daß unsere Gegner immer noch an der defizitären und ungewundenen Form festhalten, deren Inhalt zu gar nichts verpflichtet. Zum Ueberflus wird hinsichtlich der Räumung Köln nochmals versichert, daß sein Datum festgelegt werden ist. Mit diesen Dingen hat sich, soweit es sich übersehen läßt, die Konferenz beim Reichskanzler leider nicht beschäftigt bzw. nicht beschäftigen können. Man hat sich ansonsten, teilweise in erweiterter Form, mit der Tatsache des Austrittes der Deutschnationalen beschäftigt, die doch, mag man zu ihr stehen wie man will, nicht mehr zu ändern ist, mit den Ursachen, in denen doch das außenpolitische Handlungsprogramm für die nächsten Wochen beschlossen liegt, hat man sich ansonsten sehr viel weniger abgegeben.

Außenpolitisch ist also aus dieser Besprechung nichts herausgekommen. Innenpolitisch aber anscheinend ebenfalls nichts. Die Vertreter der Parteien konnten lediglich den Eindruck gewinnen, daß die Regierung zur Zeit keine überstürzten Entscheidungen wünscht, sondern eine Umgestaltung bzw. eine Neubildung der Regierung möglichst bis Anfang Dezember hinauszuziehen möchte. Sachlich ist die Regierung zu diesem Standpunkt berechtigt, solange ihr nicht parlamentarisch der Boden entzogen wird. Zu einem solchen Vorgehen in der Frage der Kabinettsreform liegt sachlich ebenfalls kein Grund vor, da ja der Reichskanzler entschieden ist, die bisherige außenpolitische Linie unzugänglich und da für die Anerkennung des Locarnopaktes, natürlich unter den immer wieder betonten Voraussetzungen, eine Wehrheit sich ergeben dürfte. Diese Stellungnahme werden die Parteivertreter zur Grundlage der Parteikonferenzen machen, die in diesen Tagen stattfinden. Die Deutschnationalen sind bereits am Dienstag zu einer Beratung über die nächsten Maßnahmen zusammengetreten, am Mittwoch tagt die Zentrumsfraktion, Dienstag nachmittag haben sich die Demokraten zusammengesetzt. Es bleibt abzuwarten, ob die mittelbar oder unmittelbar an der bisherigen Regierung beteiligten Parteien dem Druck der sozialdemokratischen nachgeben werden, der dahin zielt, die gegenwärtigen Schwierigkeiten parteipolitisch radikal, durch Reichstagsauflösung usw. auszuweichen oder ob die sachlichen Notwendigkeiten, die sich aus der außenpolitischen Lage ergeben, die Übergang behalten.

Die Vorbereitungen zur Räumung der Kölner Zone.

Berlin. In den deutschen Regierungskreisen verläuft, daß seit einigen Tagen gewisse Vorbereitungen der englischen Besatzungsbehörde zu beobachten sind, die als Einleitung der beabsichtigten Räumung der Kölner Zone angesehen werden darf. Trotzdem wird immer wieder von offizieller Seite betont, daß man über den Termin der Räumung Kölns noch keinen Beschluß gefaßt habe und daß daher noch keine Maßnahmen über die Durchziehung der Truppen in Erwägung gezogen worden seien. Dieser Widerspruch ist auf gewisse Tendenzen der alliierten Diplomatie zurückzuführen, die darauf ausgehen, einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben und sie zu einem baldigen Beschluß über die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages zu veranlassen. Die diplomatischen Schwierigkeiten haben sich in den letzten Tagen wesentlich verschärft, ohne daß jedoch der Eindruck beseitigt werden kann, daß alle diese Komplikationen künstlich und geistlich von London und Paris aus erzeugt worden sind. Insbesondere ergibt sich die Frage, welchen Zweck die alliierte Diplomatie damit befolgt, in Deutschland Beunruhigung wegen der Räumung der Kölner Zone zu schaffen. Nach wie vor steht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß Köln geräumt sein muß, bevor der Vertrag von Locarno vom Reichstag angenommen wird. An diesem Standpunkt wird sich auch in der nächsten Zukunft nicht das geringste ändern.

Die ministerielle Erklärung des Kabinetts Painlevé.

Paris. In der gestern nachmittag vom Ministerpräsidenten Painlevé in der Kammer und im Justizministerium Chaumont im Senat verlesenen ministeriellen Erklärung heißt es:

Die Regierung, die sich heute dem Parlament vorstellt, muß eine Regierung sofortiger Taten sein. Die Beschlüsse, die sie unverzüglich dem Parlament unterbreiten wird, sind von dem demokratischen Ideal eingeleitet und werden über alle Interessen das Interesse des Landes stellen, das eine energiegeliche und rasche Anstrengung zur Wiederaufrichtung fordert. Unter den großen Problemen, die uns im Augenblick bedrängen, gibt es eins, das für Frankreich erster ist als alle anderen: Die finanzielle Frage, die eine Lebensfrage ist. Deshalb hat der Ministerpräsident die Finanzen übernommen. Wir sind fest am Scheidewege. Man kann nicht fortgesetzt in wirtschaftlicher Unbehilflichkeit leben. Gewiß darf man den Ernst der Lage nicht übersehen. Das Frankreich mit seinen unerschöpflichen Hilfsmitteln kann Vertrauen in die Zukunft haben.

Die Regierung wird den Entschluß zum Wollen und zum Mut vom Lande fordern, selbst auf die Gefahr hin, unpopulär zu werden. Die Opfer an Geld, die die Verteidigung der öffentlichen Finanzen fordert, sowie die Blutopfer, die die Verteidigung des Heimatbodens fordert, müssen obligatorisch sein, damit niemand sich ihnen entziehen kann. Wir werden nicht verheimlichen. Wir werden aufrichtig unsere Finanzlage und die Maßnahmen, die erforderlich werden, entwickeln.

Wir werden zunächst hässliche Einnahmen fordern, die alle gerechtfertigten Ausgaben öffentlichen Ausgaben decken. Nicht ein Centime der Ausgaben darf durch Steuern ausgeglichen werden. Die einzige Quelle muß der Steuerweg bleiben. Aber die strenge Anwendung dieses Grundgesetzes genügt heute nicht mehr, um die Schwierigkeiten des Schatzamtes zu vermindern.

Die ministerielle Erklärung folgt alsdann der bereits gestern wiedergegebenen Inhaltsangabe und kündigt die Gründung einer vom Staat unabhängigen Amortisationskasse an, um die Währung zu stabilisieren. Dazu ist aber auch die Regelung der Kriegsschulden mit den alliierten Ländern nötig. In wenigen Tagen werde die Regierung die erforderlichen Gesetzentwürfe einbringen, deren Inhalt vielleicht gewissen Kreisen als zu früh erscheinen werde, die jedoch keine Bläseerei gegen irgend einen Teil der Nation in sich schließen würden.

Die Regierungserklärung kündigt alsdann Gelege aus Anlaß der Kriegsverstärkungen und der Kriegsoffer an. Außerdem will sie die erforderlichen Mittel zur Fortsetzung des Wiederaufbaues zur Verfügung stellen, die soziale Gesetzgebung verabschieden und eine praktische Lösung der Wohnungsfrage finden.

Hinsichtlich der Militärreform wird die Einführung der einjährigen Dienstzeit angekündigt. Auch die Reform der Stellungnahme der Regierung zugunsten der Wiedereinführung der Kronrentenwahlen werden angekündigt. Weiter wird die Lage in Marokko behandelt. Die Verbindung zwischen Ves und Agier sei wiederhergestellt. Die französischen Soldaten hätten die Nordfront auf einer sicheren Grenzlinie besetzt. Morgen werde Marshall Petain Marokko verlassen. Er habe seine Aufgabe durchgeführt. 21 Bataillone würden nach Frankreich zurückkehren. Nach Behebung der Schwierigkeiten über die französisch-spanische Zusammenarbeit bringt die Regierungserklärung nochmals ihren Friedenswillen zum Ausdruck.

Serien, so heißt es weiter, sei der Schauplatz beklagenswerter Ereignisse gewesen, die auf die gleichen Tiefstadien zurückzuführen seien, wie die Unruhen in China und Marokko. Die Beunruhigung sei durch fremdenfeindliche Intrigen und falsche Nachrichten über panislamistische revolutionäre Verschwörungen hervorgerufen worden. Alle Verantwortlichen würden festgesetzt werden. Durch die Wahl eines zivilen Vertreters Frankreichs werde die Stunde beschleunigt werden, in der die Völker Syriens in die Lage versetzt werden, sich selbst zu regieren.

Die ministerielle Erklärung kommt weiter auf die internationale Politik Frankreichs und die Frage des europäischen Friedens zu sprechen. Wenn Europa uneinig bleibe, werde es zum Untergang verurteilt sein. Ein allgemeiner Drang nach Frieden habe sich bei den letzten Wahlen in Frankreich bemerkbar gemacht. Dem unbedingten Ausdruck des allgemeinen Stimmrechts sei das jetzige Parlament treu geblieben. In London, in Genf und in Locarno sei die Atmosphäre gleichsam gereinigt worden.

Die ministerielle Erklärung legt zum Schluß, die auswärtige Politik, die solche Ergebnisse gezeitigt hat, hat in Frankreich nicht ohne Kampf sich durchsetzen können. Sie ist nicht mehr die Politik einer Partei, sondern sie hat die Zustimmung der ungeheuren Mehrheit des Volkes gefunden. Wir wünschen, daß auf allen Gebieten eine gerechte Politik getrieben wird, die zum Besten des Landes von einer aufrichtigen republikanischen Partei getragen wird.

Die neue Erschütterung der französischen Regierung.

Die französischen Sozialisten sind nicht damit zufrieden, daß man Caillaux auf dem Altar ihrer Wünsche geopfert hat. Auch die deutlich spürbare Verdrängung des Kräfteverhältnisses nach links, die in der Heranziehung von

Freunden Herriots zum Ausdruck kommt, genügt ihnen nicht. Der Nationalrat der sozialistischen Partei hat in einer kürzlichen Resolution mit 1431 gegen 1238 Stimmen eine von Paul Faure eingebrachte Entschließung angenommen, die dem neuen Kabinetts Painlevé das Vertrauen verweigert. Der Abgeordnete Blum wurde getadelt, weil er angeblich Painlevé zu weitgehende Vereinfachungen gemacht habe. Grund für diese Stellung ist zunächst die Haltung und die Erklärung Painlevés in der Marokko- und Syrien-Angelegenheit. Am wichtigsten ist den Sozialisten immer noch die Lösung des Finanzproblems. Faure fordert die Bildung eines Kabinetts Herriot unter Einbeziehung der Sozialisten, um die Kapitalisten nach den Wünschen der Sozialisten auszuhalten. Allerdings hätte er selbst auch gegen diese Lösung infolge des Marokko-Problems starke Bedenken, da ja Herriot in der Marokko-Frage den gleichen Standpunkt wie Painlevé einnehme. Die beste Lösung sei aber immer noch die Bildung eines sozialistischen Kabinetts. Blum wies darauf hin, daß ein Sturz der Regierung Painlevé zu einer Krise führen müsse, die wiederum nur durch ein Kabinetts Herriot abgemildert werden könne. Die angenommene Entschließung, die sich trotz der Vorbehalte für Ablehnung der neugebildeten Regierung ausdrückt, heißt Painlevé nun vor die Frage, ob er, entsprechend der von Herriot übernommenen Linie der Politik die Konsequenzen ziehen und seinen Rücktritt erklären will, oder ob er, wie es bei Einzelabstimmungen bereits in der vorigen Regierung der Fall gewesen ist, unter Umständen mit Unterstützung der Opposition regieren will. Die Krise ist also im vollen Gange. Es zeigt sich wieder einmal, daß der Einklang, wie er aus den letzten Wochen hervorgegangen ist, durchaus kein einheitliches Gebilde ist, sondern daß zwischen Radikalsocialisten und Sozialisten in entscheidenden Fragen scharfe Gegensätze bestehen.

Clod George über Locarno.

London. (Kunstsprache.) Clod George sagte gestern in einer Rede in York, er heiße den Vertrag von Locarno herzlich willkommen als Instrument zur Stabilisierung des Verhältnisses zwischen den Völkern nach richtigen Grundsätzen und im Geiste der Brüderlichkeit zur Ausführung bringe.

Südafrika und der Locarnovertrag.

Kapstadt. (Kunstsprache.) Das ministerielle Blatt "De Burger" sagt in einem Leitartikel über die Haltung Südafrikas zum Vertrag von Locarno, man könne bestimmt erwarten, daß die Regierung denselben eine Einmütigkeit in den Reihen der europäischen Völker ablehnen werde. Südafrika schiebe es vor, seine ungerichte Aufmerksamkeit dringenden inneren Fragen zuzuwenden und mit den übrigen Mächten in Freundschaft und Frieden zu leben.

Von der englischen Kriegspropaganda.

London. Der politische Korrespondent der Daily Mail berichtet, General Charteris sei vom Kriegsamt ernannt worden, über seine New Yorker Rede betreffend Kriegspropaganda und Ursprung der Geschichte von den deutschen Leichenverwertungsanstalten einen Bericht zu erhalten. Das Kriegsamt wünsche unterrichtet zu sein, damit der Kriegsminister in der Lage sei, die im Parlament zu erwartenden Anfragen zu beantworten.

London. (Kunstsprache.) Brigadegeneral Charteris hat gestern abend der Presse eine Erklärung übermittelt, worin er sagt, daß er die Geschichte von der Leichenverwertung seitens der Deutschen nicht erfinden, keinerlei Unterdrückung unter Photographien abgeben und auch keinerlei Material für Propagandazwecke geliefert habe. Die Erklärung sagt weiter, der Staatssekretär für den Krieg sei von seinem Bericht durchaus befriedigt gewesen.

Polen verzichtet auf nichts.

Die Haltung in der Ostantenfrage.

Danzig. Der Wojwode von Pommerellen, Wacławski, hat sich in der vergangenen Woche nach Warschau begeben, um in der Ostantenfrage Rückfrage zu halten. Nach seiner Rückkehr empfing er Vertreter der Pommerellen Presse und gab ihnen im Namen der Regierung eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Ich bin zu der Erklärung ermächtigt, daß die Regierung mit ihrem Schritt vom 25. Oktober 1925 durchaus nicht auf ihre Rechte in der Angelegenheit der Ostanten, wie sie der Versailler Vertrag und die Wiener Konvention festgelegt haben, verzichtet hat. Dadurch, daß die Regierung die Ausführung dieser Rechte hinausgeschoben hat, hat sie den besten Beweis geliefert für die Bestrebungen, eine Reihe von Maßnahmen zu beseitigen, die die Friedensatmosphäre von Locarno trüben könnten. Die polnische Regierung erwartet, daß die Bedeutung dieses friedlichen Schrittes von der europäischen Meinung mit Verständnis und Anerkennung aufgenommen wird. Weiter informierte der Wojwode die Presse dahin, daß die Regierung in ihren Bemühungen, einen Zugang zum Meer zu schaffen, nicht nur nicht aufhören werde, sondern die begonnenen Arbeiten fortzusetzen und zu erweitern gedenke.

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion

hat sich gestern in ausgedehnter Sitzung mit den Vorbereitungen für den bevorstehenden Parteitag beschäftigt. In der Frage des Locarno-Vertrages hat sich an der grundsätzlichen Einstellung der Fraktion nichts geändert.